



I. Allgemeine Informationen: 100 Jahre Weltfrauentag

Zum 100. Weltfrauentag debattierten die Abgeordneten am Dienstag über den aktuellen Stand bei der Gleichstellung von Frauen und Männern in der EU sowie über Frauenarmut in der EU.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit gehört zu den bereits im Vertrag von Rom 1957 festgeschriebenen Grundprinzipien der EU. Dieser Grundsatz wird durch zahlreiche Rechtsvorschriften in der EU unterstützt. In diesem Zusammenhang haben sich alle EU-Staaten mit zahlreichen Gesetzen dazu verpflichtet, für die gleiche Bezahlung und gegen Diskriminierungen einzutreten. Dennoch ist die Handhabung in Europa sehr unterschiedlich. Die Kommission hat ermittelt, dass insbesondere deutsche, österreichische und schweizer Frauen bei ihrer Karriere besonders behindert werden. Auch sind die Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen in der EU nach wie vor erheblich. Frauen in der EU verdienen im Laufe ihres Erwerbslebens durchschnittlich 17,5% weniger als Männer. Dabei variiert das Lohngefälle zwischen 5% in Italien und 30% in Estland. Deutschland gehört mit rund 9% zu den Ländern mit den geringsten Lohnunterschieden.

Das Europäische Parlament (EP) gibt im Hinblick auf die Frauenquoten ein gutes Vorbild ab. Von derzeit 734 Abgeordneten sind 263 Frauen. Das sind 35 %. Deutschland stellt derzeit 99 Abgeordnete, 37 davon sind Frauen. Hier liegt der Durchschnitt also bei ca. 37 Prozent. Die CDU/CSU-Gruppe, derzeit vertreten mit 42 Abgeordneten, stellt davon 11 weibliche Vertreterinnen (knapp 30%). Zum Vergleich: im deutschen Bundestag sitzen 621 Abgeordnete, 204 davon sind Frauen (32,85%).

In den insgesamt 24 Ausschüssen des EPs sind in 10 Ausschüssen Frauen die Vorsitzenden. Die Quote der Frauen in Führungspositionen liegt damit bei knapp 42%. Von den 25 Kommissaren in der Europäischen Kommission sind 8 Frauen, zusätzlich hat die Position des Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik eine Frau inne.

Nicht zu vergessen ist, dass Deutschland, neben der Slowakei und Finnland, eine weibliche Regierungschefin stellt. Weibliche Staatspräsidenten gibt es derzeit in Litauen und Finnland.

II. Das EP hat u.a. folgendes beschlossen:

1. EU-Finanztransaktionssteuer

Mit großer Mehrheit haben sich die Abgeordneten des EPs für eine Finanztransaktionssteuer auf europäischer Ebene ausgesprochen. Eine solche Steuer sei zur Stabilisierung der Finanzmärkte und zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte sinnvoll und notwendig. Mit ihr könnten in der EU jährlich rund 200 Mrd. EUR eingenommen werden, und zudem würde der rein spekulative Handel eingeschränkt, heißt es in der verabschiede-

ten Entschließung zu innovativen Finanzinstrumenten. Die Steuer dürfe sich jedoch nicht auf die Eurozone beschränken, da sonst der Finanzplatz London außen vor bleibe.

Die Kommission hatte im Februar eine Konsultation zur Besteuerung der Finanzbranche eingeleitet, die noch bis zum 19. April läuft. Vor dem Hintergrund der Finanzkrise, welche der Finanzsektor ganz wesentlich mit verursacht hatte, wurde die Frage diskutiert, wie die Banken einen Beitrag zu den öffentlichen Haushalten leisten könnten. Für die Resoluti-

on stimmten 529 Abgeordnete bei 127 Gegenstimmen und 18 Enthaltungen. Mit diesem Ergebnis nimmt der Druck auf die Kommission zu, einen entsprechenden Vorschlag vorzulegen.

2. Lockerung der Nulltoleranz bei Futtermitteln

Die auf EU-Fachbeamtenebene beschlossene Lockerung der Nulltoleranz-Politik bei Futtermittelimporten wird vom EP mitgetragen. Die Mehrheit der Abgeordneten sprach sich dafür aus, Spuren von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) ohne EU-Zulassung in Tierfutterimporten zu tolerieren, sofern sie in einem anderen Land zugelassen sind und die Zulassung in der EU beantragt ist.

Die technische Lösung der Futter - Testmethoden soll europaweit vereinheitlicht werden. Dann sollen solche GVO in Tierfutter geduldet werden, solange ihr Anteil unter 0,1% liegt.

3. Resolution über Handelsabkommen im Hinblick auf Europas Landwirte

Die EU-Kommission verhandelt im Auftrag der Mitgliedstaaten derzeit außer mit den Mercosur-Staaten (MERCOSUR - gemeinsamer Süd-Amerikanischer Markt) über Handelsabkommen mit Kanada, Indien und der

Ukraine. Das EP sieht in der Handelspolitik der EU-Kommission eine Bedrohung für Europas Landwirte. In einer vom Plenum angenommenen Resolution kritisierten die Abgeordneten vor allem die ohne wirkliche politische Aussprache mit Rat und EP wieder aufgenommenen Handelsgespräche mit den Mercosur-Staaten, die ein großes landwirtschaftliches Produktions- und Ausfuhrpotential hätten. Die Kommission wird in der EntschlieÙung aufgefordert, zunächst eine Folgeabschätzung für die EU-Landwirtschaft vorzunehmen und das EP vollständig in die Verhandlungen einzubeziehen. Auch ein vor kurzem mit Marokko geschlossenes Handelsabkommen wird in der Resolution als einseitige Belastung für die EU-Bauern kritisiert, da die EU ihren Markt für marokkanische Produkte vollständig geöffnet hätte, einige EU-Agrarexporte wie Kernobst nach Marokko aber weiterhin Quoten unterlägen.

Das Parlament verlangt zudem, dass sämtliche in die EU importierten Agrargüter alle in der EU geltenden Standards für Umweltschutz, Lebensmittelsicherheit und Tierschutz erfüllen müssen. Nur wenn die Handelspartner aus Drittstaaten ebenfalls diese Standards einhalten müssen, gibt es für die Bauern in der EU einen fairen Wettbewerb, betonten die Abgeordneten.

III. Weitere Themen waren u.a.:

- EntschlieÙung zu innovativen Finanzinstrumenten
- Diskussion zur verstärkten wirtschaftspolitischen Koordinierung
- Stellungnahme zu Fortschrittsberichten der EU-Beitrittskandidaten Türkei und Montenegro
- Roma-Politik
- Debatte über EU-Vertragsänderung wegen des geplanten Euro-Stabilitätsmechanismus
- EntschlieÙung zur Industriepolitik

- Debatte zur Versorgung der EU mit Metallen und Seltenen Erden
- Resolution zu Libyen und Nahost

Herzlichst Ihr

Prof. Dr. Hans-Peter Mayer, MdEP

Berichte, Gesetzestexte und Protokolle der Sitzungen finden Sie im Internet unter:
<http://www.europarl.europa.eu/> oder <http://www.europarl.europa.eu/activities/introduction/home.do?language=DE>.

Europäisches Parlament:

Büro ASP 15 E 154
Rue Wiertz, B-1047 Brüssel
Tel.: 0032-2-284-7994
Fax: 0032-2-284-99 94

E-Mail: hans-peter.mayer@europarl.europa.eu

Internet: <http://www.europa-mayer.de>

Europabüro:

Oldenburger Str. 97
49377 Vechta
Tel.: 044 41/90 99 09
Fax: 044 41/90 99 10

E-Mail: info@europa-mayer.de



EVP-Fraktion